
STUTTGARTER NACHRICHTEN

Freitag, 13. Mai 2016

Seite 5

Vorbereitung auf die juristische Abwehrschlacht

Der Beamtenbund in Baden-Württemberg sucht nach Wegen, um die schlimmsten Sparbeschlüsse zu verhindern

Matthias Schiermeyer

Stuttgart. Dass der Beamtenbund in Baden-Württemberg (BBW) mit den Grünen keine harmonische Beziehung mehr führen wird, ist allen klar. Dass sich aber auch die CDU abwendet, trifft die Funktionäre schwer. Sie hatten fest auf deren Versprechungen gesetzt, dass das Sparen ein Ende haben soll. Ihrer Enttäuschung darüber, dass es anders kommt, machten sie im BBW-Landeshauptvorstand Luft. „Bei meinen Mitgliedern, die CDU gewählt haben, ist die Frustration besonders groß“, sagt Landesbund-Chef Volker Stich. Derweil die Grünen-Anhänger gewusst hätten, was auf sie zukommt. „Deren Vorbehalte gegenüber der Beamtenschaft sind um Welten größer.“

Was tun? Auch noch gegen die neue Landesregierung protestieren? Der Beamtenbund muss sich anders orientieren. Als neuer Verbündeter bietet sich ausgerechnet die oppositionelle SPD an. Sowohl Fraktionschef Andreas Stoch als auch Landesvorsitzender Nils Schmid haben sich bei Stich gemeldet und ihm versichert: Die SPD habe zwar gespart bei den Beamten – aber was jetzt diskutiert werde, gehe zu weit. Stich will daher enger mit den Sozialdemokraten kooperieren und sich den Sachverstand des Ex-Finanzministers „zu Nutze machen“.

Was Grün-Schwarz vorhat, ist noch nicht raus: Als „Folterwerkzeuge“ sind eine Absenkung der Pensionen, eine Deckelung der Tariferhöhungen für die Beamten auf ein Prozent jährlich sowie eine Wiederbesetzungssperre denkbar. Die zentralen Sparmaßnahmen sollten schon im Koalitionsvertrag aufgenommen werden, doch kam in der entscheidenden CDU-Landesvorstandssitzung vor Beschluss des grün-schwarzen Pakts Unruhe auf. Nicht wenige Abgeordnete mahnten, den Beamtenbund einzubinden. So einigte man sich darauf, erst mal still zu halten. Der Grüne Winfried Kretschmann beruhigte den demonstrierenden Landesbund-Chef am Rande des Parteitags in Leinfelden: „Herr Stich, wir müssen doch erst mal reden.“

Dass sich im Dialog alles zum Guten wendet, ist nicht zu erwarten. Denn ausgerechnet die bisherige Fraktionschefin der Grünen, die die Beamten zuvor hart angepackt hat, ist neue Finanzministerin: Edith Sitzmann. Stich beteuert, ein „ordentliches Verhältnis“ zu ihr zu haben, erwartet aber auch, dass die Sparkommissarin wie bisher „ganz nah beim Ministerpräsidenten“ sein werde. „Da stellen wir uns auf nicht einfache Zeiten ein.“ Für den Beamtenbund wäre es jedenfalls besser, „wenn das Finanzressort in schwarze Hand gegangen wäre“.

Vergeblich hat er sich nach der Wahl um ein Gespräch mit Sitzmann bemüht. Geredet hat er mit den Christdemokraten Guido Wolf und Thomas Strobl. Wobei der Landeschef ihm „nichts zugesagt“ hätte. Dennoch baut Stich auf einen „konstruktiven Kontakt“ mit der CDU. Zudem will er die kommunalen Spitzenverbände als Mitstreiter gewinnen.

2 Munition von der Staatswissenschaftlerin

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Dies alles schützt nicht vor Einschnitten, weshalb der Beamtenbund sich munitioniert: Stich will Gisela Färber, Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, engagieren. Sie soll bis zum Jahresende ein „Instrumentarium“ erarbeiten, das gewichtige Reaktionen möglich macht, „sobald bei Sparbeschlüssen Verfassungsgrenzen tangiert werden“. Es wäre die Vorbereitung auf eine Abwehrschlacht: Sein Landeshauptvorstand, so Stich, habe entschieden, „dass wir auch mit hohem Risiko eine Verfassungsklage einreichen, wenn es erforderlich wird“.

Das Bundesverfassungsgericht sieht er als „starke Schwester an meiner Seite“. Karlsruhe hatte vor einem Jahr für die Ermittlung der noch zulässigen Untergrenze der Besoldung mehrere Prüfstufen sowie fünf volkswirtschaftliche Parameter festgelegt, mit denen die Entwicklung der Besoldung zu vergleichen ist. Die Färber-Expertise soll künftig sofort „rotes Licht“ aufleuchten lassen, sobald diese Kriterien von Sparmaßnahmen berührt werden. „Dann wissen wir sofort, wann die Grenze erreicht ist“, sagt Stich. 2017 könne das Instrumentarium der Verwaltungswissenschaftlerin Färber dann erstmals eingesetzt werden.